

Junfermann

Landtagsprotokoll

9

Über die Sitzung vom 14. Oktober 1918.

Anwesend: Alle Abgeordneten mit Ausnahme des entschuldig-
t abwesenden Hrn Sprenger, der Reg.-Chef & ¹⁵ *Zuführer* Abgeordnete.
Der Reg.-Chef eröffnet die Sitzung & teilt die Genehmigungen der
Wahlen mit. Er hoffe, dass die Segnungen des Völkerfriedens bald
einkehren werden. Die Lösung künftiger Aufgaben sei vielleicht leichter
als die der Kriegsaufgaben, & zu ihrer Lösung sei ein Zusammenwir-
ken von Landtag & Regierung notwendig. Neue Probleme können erst bei
gefestigten Verhältnissen in Angriff genommen werden. Vor allem
sei die Stärkung der Landesfinanzen eine der wichtigsten Aufgaben.
Die Einnahmen seien während des Krieges zurückgegangen & anderer-
seits hätten sich die Landesausgaben erhöht. Wir müssen neue Ein-
nahmsquellen suchen. Trotz der Finanzlage sei es Pflicht des Landes für
die Beamten & Lehrer einzutreten. Er trete für alle verfassungsmässigen
Pflichten ein, ersuche die Abgeordneten, den Verfassungseid zu
leisten.

Es erfolgt nun die Beeidigung der Abgeordneten.

Präsident: Nach verfassungsmässiger Eröffnung des L.T. können wir die
Arbeiten beginnen. Er möchte noch kurz einige Worte an die Ver-
sammlung richten. An Arbeit werde es uns nicht fehlen, denn die
schlimmen Kriegszeitern seien noch nicht vorüber. Redner wendet sich *sich*
gegen den Wucher & Schleichhandel. Wir müssen besonders Mittel
gegen die Teuerung zu ergreifen & Teuerungszulagen zu bewilligen. Ferner
müsse für die Hebung der Landesfinanzen etwas getan (werden), besonders
müssen neue Einnahmsquellen gesucht werden. Wenn wir unter Wahrung
des Burgfriedens arbeiten, werden wir dieses auch erreichen.

Dass Alles bei uns nicht glänzend sei, sei klar. Eine berech-
tigte Kritik sei erwünscht, aber wir müssen uns vor Ueberkritik
hüten.

Redner kommt auf das 60. jährige Regierungsjubiläum
Seiner Durchlaucht zu sprechen, dessen Feier eine Ehren- &
Herzenssache sei. Schliesslich wird auf Anregung des Redners ein
dreifaches Hoch auf den Landesfürsten ausgebracht.
Redner bemerkt auch noch, dass im letzten Protokoll der Nachruf auf
den Abg. Kind sel. nachgetragen werden solle, was geschieht.

9

Dr. Beck: Er möchte auch einige Worte zur Eröffnung des Landtages vorbringen. Es gehe ein demokratischer Zug durch die Welt, der auch vor den Schranken unseres Landes nicht halt mache. Bereits haben wir in diesem Geiste ein direktes & gleiches Wahrecht erhalten. Als Krönung dazu gehöre nun auch eine demokratische oder wie es heute heisst parlamentarische Regierung. Unsere Verfassung von 1862 sei ziemlich demokratisch ausgestaltet. Sie unterscheide in ihren verschiedenen Bestimmungen genau die Aufgaben der Regierung als Kollegium & jene des Regierungs-Chefs. Auf Grund der Verfassungsbestimmungen sei dann auch ⁱⁿ gleichem Geiste eine Amtsinstruktion über die Organisation der Behörden in den 60er Jahren erlassen worden. 1871 sei dann diese Verordnung, die die Kompetenzen der Behörden genau auseinanderhalte & auch ^{3.4.} eine Trennung der Justiz & der Verwaltung kenne, durch eine ~~am~~ äusserst dürftige Amtsinstruktion adgeändert worden & merkwürdigerweise habe diese die Trennung von Verwaltung & Rechtspflege erst einführen wollen. In der letzteren Instruktion, wie nicht minder in der früheren, werden ebenfalls im Sinne der Verfassung die Aufgaben des Chefs der Regierung & der Regierung als Kollegium deutlich unterschieden. Es heisst dort, in der Regel seien die Reg.-Geschäfte kollegialiter zu beraten & zu beschliessen & der Reg. Chef habe nur die laufenden Geschäfte zu besorgen. Bei uns habe sich schon vor dem jetzigen Hrn Landesverweser der Usus eingeschlichen, dass der Landesverweser alles besorge & die Herren Landräthe tatsächlich nichts oder äusserst wenig an der Landesverwaltung mitwirken. Das passive Verhalten will aber die Verfassung & will auch die erwähnte Amtsinstruktion nicht, sondern sie verlangen ⁱⁿ der Regel ein aktives Mitwirken der Landräthe an der gesamten Landesverwaltung. Mit allen diesen Ausführungen beabsichtigt Redner, wie er ausdrücklich betont, absolut keinen Vorwurf ^{zu} machen, denn es sei gerade umgekehrt notwendig, dass das Volk, die Regierung & der Landtag zusammenwirken & alles nur zum Wohle des Landes & Volkes & für diese unternehmen. Gegen ein solches Vorhaben könne aber niemand ernstlich eine Einwendung erheben. Während das Landgericht sich an den vorhandenen Gesetzen bei Ausübung seiner Amtstätigkeit seine Schranken habe & sich nur an das Gesetz zu halten habe, bestehe umgekehrt für die Regierung ein grosses Gebiet des freien Ermessens, das wir mit der minutiösesten Gesetzgebung nicht in Artikel & Paragraphen schlagen können. Gerade die Verwaltungstätigkeit

greift ab, er in mancher Hinsicht viel
sbhaerfer & tiefer in das Privatleben ein. Hier ist
daher die Mitwirkung von Landraeten aus dem Volke
bei Ausübung der verwaltungsrechtlichen Taetig-
keit einfach eine gebieterische Notwendigkeit, vor der
wir uns die Augen nicht verschliessen lassen dürfen.
Die Regierungssachen sollten durch das Kollegium
beraten & beschlossen werden & die beiden Landraete
haette nach Ansicht des Redners der Landtag aus der
Mitte der wahlfaehigen Bevölkerung zu waehlen. Die
Regierung selber sollte vollkommen auf den Boden des
Parlamentarismus gestellt werden; dies alles
selbstr. edend in einer für unsere kleinen Verhaelt-
nisse angemessenen Weise. Durch das kollegiale Be-
handeln der Regierungsgeschaeft e werde einmal jene
persönliche Note, die man jetzt oft wahrnehm e, abgesch-
schwaecht & sodann faende n die Stimmunge n & Wün-
sche des Volkes den entsprechenden Ausdruck in der
Verwaltungsbehörde des Landes.

Viele im Saale bewundern Deutschland wegen seiner
gewaltigen Leistungen. Dieses Deutschland hat sich
in jüngster Zeit unter den Erfahrungen des Krieges
auf den Boden einer parlamentarischen Regierung
gestellt. Wenn aber das vorbildliche Land es getan
hat, dann dürfen wir ihm auch nachfolgen. Jenes Deutsch-
land hat sich nicht gescheut z. B. einen ehemaligen
Lehrer aus dem Seminar in Saalgau, den Sohn eines
einfachen Landbrieftaraegers, naemlich Hrn Erzberger,
zu seinem Minister zu erw aehlen & das gleiche Land
hat sich wieder nicht gescheut, einen ehemaligen Buch-
druckergesellen, naemlich Hrn Scheidemann zu
einem Minister aufzustellen & nun haben wir
dort sogar Sozialdemokraten als Exzellenzen! Das ist ni-
eine dem Zeitgeiste entsprechende Regierung.
Wenn auch die deutschen Kriegsgötter versagten, so hat
doch die innere Erkenntnis im deutschen Volke, dass es
eine anders aufgebaute Regierung notwendig habe, nicht
versagt. Eine Regierung, die sich heute neben &

über das Volk stellen wollte, hat ihren Beruf verloren.

Auch wir müssen im Frieden & einträchtig nach einem volkstümlichen Ausbau der Regierung trachten. Gegen die fortschrittlichen Ausbau unserer obersten Landesverwaltungsbehörde werde gläublich niemand einen Einspruch erheben & es werde, wie Redner annehme, sowohl der Landesfürst als auch seine Regierung im Prinzipie einverstanden sein. Redner verlangt als Ergänzung des demokratischen Wahlrechts noch eine parlamentarische Regierung. Nach dem eingelebten Usus & nach der Verfassung werde die Einführung einer parlamentarischen Regierung eine Verfassungsänderung rufen. Er hoffe hierzu allseitige & einträchtige Unterstützung zu finden, denn es müsse doch jeder Abgeordnete einsehen, dass es sich einzig & allein um einen Ausbau der Verfassung für & im Interesse des Landes & Volkes handle. Wenn auch die Wege hiezu manchmal verschieden begangen werden, darüber seien wir uns doch alle einig, dass jeder von uns den gleichen Endzweck verfolge.

Der Redner & einige Abgeordnete werden im Verlaufe der Session einen formulierten Antrag auf Einführung einer parlamentarischen Regierung im Landtage zur Verhandlung einbringen & er hoffe auf eine allseitige kräftige Unterstützung. Gleichzeitig werde auch dem Landtag ein Antrag zugehen, wonach die Verfassung in dem Sinne abzuändern sei, dass der Landtag zu zwei jährlichen ordentlichen Sitzungen einberufen werden solle. Der heutige Zustand sei geradezu ein unwnwürdiger. Denn wir müssen z.B. in den jetzigen Sitzungen die Landesrechnung von 1917 behandeln. Wir können nun im Einzelnen Kritik üben wie wir wollen, dadurch ändern wir an den vollendeten Tatsachen, die 1917 vor sich gegangen, absolut nichts. Eine Direktive oder ein Wunsch für ihr zukünftiges Handeln können wir der Regierung & den übrigen Verwaltungsbehörden ~~(können)~~ nicht mehr geben. Welchen Wert hat dann aber unsere Kritik, wenn wir erst für das Jahr 1919 die Nutzenwendungen aus den Bemängelungen der Rechnung von 1917 ziehen können?

Das ist einiach mit kurzen Worten ein unhaltbarer Zustand, für dessen Abschaffung alle im Interesse des Landes Arbeitenden besorgt sein müssen.

Redner läßt den Hrn Regierungskommissar einmizuhelfen, damit die erwahnten Wünsche des Volkes auch verwirklicht werden können & betont nochmals, dass er mit seinen Ausführungen gar keine Absichten gegen den Hrn Reg.-Kommissar hege, noch dass sie eine Spitze gegen ihn enthalten. - Es sei vom Burgfrieden die Rede gewesen. Der Redner & wie er annehme, alle Abgeordneten seien zu friedlicher Arbeit im Interesse des Volkes bereit. Aber dann müssen sie auch andererseits ein ernstliches Begreifen ihrer Volkswünsche & Postulate & ein Entgegenkommen ihrerseits erwarten. Die Abgeordneten der Volkspartei haben in den letzten Wahlen ein grosses Zutrauensvotum vom Volke erhalten & daher müssten ihnen die Wünsche des Volkes, dessen Vertreter sie auch seien, eine Herzensangelegenheit sein. In diesem Sinne seien sie bereit, den Burgfrieden wahren zuhelfen. Dabei werden sie berechtigte Kritik üben, aber keine Ueberkritik.

Redner wisse dafür, dass er zum Sekretar ~~er~~ gewählt worden sei, keinen Dank. Die Herren, die ihn gewählt haetten, würden sich aber einer grossen Täuschung hingeben, wenn sie ihn durch die Wahl & ihre Folgen haetten mundtot machen wollen. Erst recht werde er sein Mandat im Landtage zur Zufriedenheit seiner Richtung ausüben, desse_n versichere er sie schon heute. Es waere sehr zu begruessen, wenn wir ^{aber} in der naechste Zeit eintrhechtig & friedlich an die Lösung ^{der} angeregten Postulate gehen würden. Er & seine Kollegen entbieten Sr Durchlaucht ebenfalls die besten Wünsche zu seinem 60jaehrigen Regierungsjubiläum, das wir demnaechst in bescheidenem Rahmen begehen werden.

Der P.r.ö.s.i.d.e.n.t bemerkt, er müsse es dem Landtag überlassen über die nicht geschaeftsorönungsmaessige Rede eine Debatte

zu eröffnen oder nicht.

Der Hr. Reg.-Kommissaer möchte auf die lange Rede des Hrn. Dr. Beck nur kurz seine Stellung begründen. Nach § 28 der Verfassung obliege die Organisation der Staatsbehörden dem Landesfürsten allein. Es bedeutet daher der Antrag des ~~Reg.-Kommissaers~~ *Dr. Beck* einen Eingriff in die Rechte der Krone, der ihm unangebracht erscheine. Er sehe weder die innere noch die äussere Berechtigung der Anregung ein. Es sei nicht Sache des Hrn. Dr. Beck, sich über die Zurücksetzung der Landräthe zu beklagen. Wenn diese keinen Anlass gefühlt haben, dass sie den Entschlüssen der Regierung beigezogen werden. Uebrigens ~~wäre~~ waren die Landräthe zugleich Notstandskommissionsmitglieder & Mitglieder anderer Kommissionen & sie haben an ~~den~~ Regierungsgeschäften auf diese Weise ~~an~~ Anteil nehmen können. Er weise daher ~~den~~ den Vorwurf der Zurücksetzung zurück. — Ausserdem seien in der Regel nach der Amtsinstruktion die wichtigern Sachen in der Sitzung der Regierung zum Vortrage gebracht. Nun werden ja die wichtigeren Angelegenheiten in der Notstandskommision gemeinsam behandelt. Dringende Entschlüsse aber habe er allein gefasst & er glaube nicht, dass das Land dabei schlecht gefahren sei. Er könne doch nicht, wenn er in Wien unten bei den Amtstell. en herumgehe, jedesmal die telegraphische Zustimmung der Landräthe einholen. Er sei befugt, in der Regel von dieser Bestimmung Abstand zu nehmen. Die Amtsinstruktion mit ihrer Bestimmung über die kolle-giale Regierung sei übrigens auf patriarchalische Verhältnisse aufgebaut & passe nicht mehr in unsere Zeit.

~~R i s c h:~~ Die Landräthe sind die reinste Dekorationsfigur. Er bedaure es, dass der Reg. Kommissaer uns in dieser Weise abzukanzeln suche. Wir seien keine Schulbuben mehr & wissen, schon, was dem Volks- & Landesinteresse frommt. Wir wollen eine parlamentarische Regierung & wenn Se. Durchlaucht richtig informiert sei, dan werde der Landesfürst diesem Zeitgemässen Wonsche des Volkes auch sicher entgegenkommen.

R i s c h: Er glaube nicht, dass die Landraete jedesmal zu den Sitzungen ~~ein~~berufen werden. Gerade er habe es erfahren müssen, dass die Landraete ihre Rechte wenig mehr ~~könnten~~. Landrat ~~K~~ind sel. sei zu ihm gekommen wegen Viehkaufs. Er habe damals gerade die Verordnung wegen Abschaffung des Galtviehs gelesen gehabt ⁱⁿ. er habe sie damals so verstanden, wie sie dann nachträglich praktisch gehandhabt worden sei. Zu seiner Beruhigung habe er immerhin noch den Hrn Landrat, von dem er annehmen musste, dass er als Mitglied der Regierung die Sache besser verstehe als er, um seine Meinung gefragt & besonders darüber, ob die Verordnung auch rückwirkend sei. Hr Kind sel. habe ihm gesagt, die V. sei nicht rückwirkend & er müsse demnach sein Stück Vieh nicht verkaufen. Diesem Rat eines Mitgliedes der Regierung habe er denn auch befolgt, aber er sei dann bei der Regierung schön hineingefallen. Er sei ~~zuerst~~ ^R 1000 gestraft worden, welcher Betrag auf K 200 herabgesetzt worden sei. Der Hr Reg. & Chef habe ihm auf seine Vorstellungen ^{betr. Hrn Kind} entgegnet, was Kind gesagt habe, könne jeder Bauer sagen. Soviel haben nun unsere Landraete zu bedeuten. Er habe daher seine Ansicht gründlich geändert & er sei aus Ueberzeugung ^{dafür} dass die Landraete mehr Einfluss erhalten sollen & dass bei uns eine parlamentarische Regierung eingeführt werden müsse, um diesem Zustande abzuhelpen. In so wichtigen Angelegenheiten solle nicht ein Einziger einen so ausschlaggebenden ^{den} Einfluss ausüben können.

Dr B e c k unterstützt den Vorredner & führt aus, gerade der Fall Risch zeige die geringe Bedeutung der jetzigen Einrichtung der Landraete & ihre dringende Reformbedürftigkeit. Die Landraete erwecken nach dem ausgeführten Sachverhalt den Eindruck von Dekorationsfiguren. Er bedaure es, dass der Hr Chef uns so abzukanzeln versuche, als ob wir nur Schüler ~~wären~~ waeren. Das können wir uns in keinem Falle mehr gefallen lassen & er lade den Hrn Reg. Chef zum wiederholten Male ein, die Angelegenheit mit uns in

Ruhe ⁱⁿ in gegenseitigem Entgegenkommen zu behandeln, denn auch wir wollen lieber Burgfrieden als ewigen Hader. Wir wollen ^{aber} eine parlamentarische Regierung & von diesem Standpunkte, den auch das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit teilt, lassen wir uns nicht mehr abbringen. Wir werden alle gesetzlich zulaessigen Mittel versuchen & , wenn nötig, auf diesem oder jenem Wege diesen Wunsch des Volkes sogar vor den Thron bringen. Viele & auch Redner ist fest überzeugt, dass der Landesfürst, wenn er einmal den Volkswunsch kennt, ihn auch zum Segen des Landes & Volkes erfüllen werde. Wenn aber seine Durchlaucht richtig informiert sein wird, dann dürfen wir die besten Hoffnungen hegen.

Wer heute nicht auf dem Boden des Parlamentarismus steht, der hat nach Ansicht des Redners geschlafen & habe den grossen berechtigten Zug der Zeit verkannt & dem sei leider auch nicht zu helfen. Das Herumstreiten mit Paragraphen habe keinen Sinn. Der Hauptgrund sei , dass die Regierung nach den wahren Intentionen des Volkes geführt werde & dann werde sie auch im Sinne des Landesfürsten geführt. Redner weist auch daraufhin, dass das Verwaltungsverfahren bei uns dringend eine Reform bedarf & dass jetzt den in den Rekursentscheiden nur eine sehr mangelhafte Begründung enthalten ist, so dass sich der Beschwerdeführer keine richtige Vorstellung über seinen unbegründeten Rekurs machen kann. Das Vertrauen sei denn auch sehr gering. Gerade bei Behandlung der tief ins Volksleben wie in die praktische Sphaere des Einzelnen eingreifenden Verwaltungspflege waere die Mitwirkung von Maennern aus dem Volke sehr notwendig. Dass der Vertreter gerade bei jedem Geschaeft die telegraphische Einwilligung der andern Regierungsmitglieder einholen müsse, das verlangt niemand. Es ist selbstverstaendliche Voraussetzung dass dem ausreisenden Vertreter Instruktionen mitgegeben werden, die vorher vom Kollegium beraten & gutgeheissen worden sind. Dieser Einwand ist also vollstaendig hinfaellig. Dass der Chef alles & die Landraete nichts zu

16

sagen haben in der Landesverwaltung, wenn wir von der ~~kommissionellen~~ Mitwirkung in einigen Kommissionen absehen, zeigt der von Hrn Risch angeführte Fall schlagend. Der Stein ist nun im Rollen & hoffen wir auf eine beiderseits befriedigende Lösung. Ob schliesslich, um einen weiteren Einwand zu streifen, meine Rede programmatisch ist oder nicht, bleibt sich gleichgültig. Aber mit gleichen Gründen könnte man fragen, ob die Rede des Hrn Praesidenten ebenfalls ins Programm passe. Aber wir wollen ja nicht streiten, sondern in gegenseitigem Einverständnis arbeiten. Das ist des Redners Wunsch.

Der Reg.-Kommissar weist den Vorwurf, als ob er Se. Durchlaucht falsch informiere zurück. Es sei ebenso un~~wahr~~, dass in den Entschieden der Regierung fast keine Begründungen enthalten seien. (Zwischenruf Dr Beck: Es ist leider Wahrheit!). Der Fall Risch sei für ihn eher peinlich & scheine ihm eher gegen als für eine überragende Bedeutung der Landrhete zu sein. Bekanntlich seien V. betr. Einschränkung der Galtviehhaltung erlassen worden. Was allen Leuten in der V. klar war, sei nur dem Hrn Risch nicht klar gewesen. Risch sei gestraft worden, weil er sich über die V. hinweggesetzt habe. ~~R i s c h~~ Er habe die V. so verstanden, wie sie dann nachher auch ausgelegt worden sei. Wachter & Kind sel. hätten sie dagegen anders verstanden. Er sei dann gestraft worden & andere nicht. Für ihn sei es doch ein wichtiger Grund gewesen, wenn er sich an die Auslegung von Hrn Kind sel. gehalten habe. Er habe gedacht, die V. sei nicht rückwirkend & nun sei sie aber doch rückwirkend gewesen. Mit der Beschlagnahme seines Gehaltes für die Bezahlung der Busse sei er nicht einverstanden. Dazu sei seiner Ansicht nach die Regierung auch nicht berechtigt.

Reg.-Kommissar: Auf weitere Ausführungen in dieser Sache wolle er nicht mehr eingehen. Dagegen habe er die Busse vom Gehalt abgezogen, weil Risch

nach Umfluss von drei Monaten die Busse nicht bezahlt habe. Er hätte Risch auch exequieren können, habe aber den anständigeren Weg gewählt & habe den Strafbetrag einfach vom Gehalte abziehen lassen. Wenn Risch es wünsche, könne er ihm den abgezogenen Betrag auszahlen lassen & dann werde er die politische Exekution einleiten. Dr Beck bemerkt, man werde gelegentlich der Beratung des Notstanskommissionsberichtes noch auf diese Angelegenheit allenfalls zurückkommen. Der P.r.a.e.s.i.d.e.n.t führt aus, wenn Dr Beck zu uns habe in Minne reden wollen, dann hätte er seine Anfangsrede nicht halten sollen, denn sie enthielt Vorwürfe. Wir seien nun von der Tagesordnung abgekommen. Die Rede hätte besser später gehalten werden sollen. Wenn wir jedes Jahr mit Verfassungsänderungen kommen, treiben wir ein gefährliches Spiel (H). Wir könnten dann selber noch verändert werden. Redner erinnert auch daran, dass ihm Hr Landesverweser von Hausen & sein Vater sel. gesagt hätten wir hätten in unserer Verfassung ein Kleinod, das wir hüten sollen. Was solle schliesslich unser Fürst denken, wenn wir ein Grundgesetz ändern wollen. Es seien z.T. bleibende Gründe angeführt worden. Es seien zwei eingreifende Verfassungsänderungen vorgeschlagen. Dr Beck protestiert dagegen, dass er, wie der vorredner ausführe, gegen jemand habe persönlich werden wollen. Ausdrücklich habe er den Wunsch hervorgehoben, dass wir die Angelegenheiten einträchtig durchführen & nur sachlich bleiben wollen. Er & andere seien jetzt noch dazu bereit. Von grunztürzender Änderung der Verfassung könne absolut keine Rede sein. In Deutschland habe man die parlamentarische Regierung sogar vor der Verfassungsänderung eingeführt & erst nachträglich einige wenige Bestimmungen der Reichsverfassung abgeändert resp ändere man sie gegenwärtig ab. Redner weist auch darauf hin, dass nach dem Sinne & Geiste unserer Verfassung sehr wohl eine parlamentarische Regierung ohne ihre Änderung eingeführt werden könne. AP

Niemand wolle auch die monarchische Spitze abbiegen. Red-

ner ersucht, ihm nicht andere Absichten zu unterschieben.

Es wird nun in die Behandlung der Gegenstände der Tagesordnung eingegangen.

I. Landesrechnung.

Dr B e c k führt aus, dass die Landesrechnung im Drucke herausgegeben & jedem Abg. rechtzeitig zugestellt werden sollte. Von den Gemeinden verlange man, dass sie jedem Bürger eine gedruckte Rechnung zustellen, damit der Bürger Einsicht nehmen könne. Wenn aber das Land dies von den Gemeinden verlange, dann sei es keine übertriebene Forderung, wenn man das Gleiche vom Lande für die Abg. fordere. Wie könne sich denn ein Abg. ein klares Bild von der Rechnung machen, wenn er den Bericht zu spät erhalte & wenn überhaupt die volle Rechnung, wenigstens in ihren Hauptzügen, nicht veröffentlicht werde. Fragen, die sich einige Herren bei ihrer Einsicht leicht beantworten können, seien manchen Abg. unklar & man dürfe daher nicht erstaunt sein, wenn verschiedene aufklärende Fragen noch gestellt werden. Das liesse sich beim Vorliegen eines gedruckten Berichtes doch einigermaßen verhindern. Schon zu Zeiten des Abg. Brunhart sei & seither mehrere Male sei diesbezüglich reklamiert worden. Wolle man doch endlich diesem Wunsche nachkommen.

Es wird nun der Bericht punktweise verlesen.

& es werden die veranschlagten mit den wirklichen Ausgaben verglichen.

Dr B e c k fragt an, wie weit die Vorarbeiten zum Jagdgesetzentwurf gediehen seien. Der Reg.-Chef antwortet, er wolle zuerst die Vorschläge der Kommission unterbreiten & erst nachher an die Ausarbeitung des Entwurfes herantreten. Uebrigens laufen die Jagdpachtverträge bis 1921 & da habe man noch reichlich Zeit hierzu.

Bei der Post Verkehrswesen fragt Dr B e c k an, wie sich

sich der Hr Reg.-chef zur Kündigung des Postvertrages stelle, Worauf dieser ausführt: Es wäre im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bloß ein ein unfreundlicher sonder sogar ein unkluger Akt ~~wäre~~, wenn wir kündigen würden. Es sei bekanntlich in allen Staaten eine Erhöhung der Postabgaben erfolgt. Das spreche jedenfalls nicht dafür, dass die Post rentabel sei. Wenn ~~er~~ sich Dr. Beck besonders hohe Einnahmen aus der Leidenschaft der Markensammler verspreche, so befinde er sich im Irrtum. Diese Passion können wir nicht ausnützen wie eine Negerrepublik. Mit nachhaltigen Staatseinnahmen sei nicht zu rechnen. Er glaube sicherer & besser zu fahren bei den jetzigen fixen & schönen Einnahmen. Gerade dieses Jahr haben die Einnahmen eine wesentliche Steigerung erfahren. Dann müssten noch internationale Verträge abgeschlossen werden. Wir spielen keine grosse Rolle im Staatenkonzert, daher sei die Bescheidenheit angebracht., sonst könnte uns Oesterreich noch kündigen. Die Ausgaben & Teuerungszulagen für die Postangestellten, die Ablösung der Posteinrichtungen, des Telephons & Telegraphs würde uns namhafte Ausgaben verursachen, daher sei es besser, wenn wir alles beim Alten lassen.

Dr Beck: Er erkläre schon jetzt zu den bereits angetönten Steuererhöhungen, dass er es mit seiner Pflicht als Abg. absolut unvereinbar finden würde, Steuern zu erhöhen, & neue einzuführen, bevor nicht die schon bestehenden Einnahmequellen vollständig erschöpft sind. Jedermann müsste uns sonst verwerfen, wir werfen das Geld zum Lande hinaus & belasten dafür die einheimischen Steuerträger. Es sei auch ein allgemein finanzwissenschaftlich anerkanntes Gebot, dass, bevor zur Steuererhöhung geschritten werde, zuerst die andern weniger drückenden Einnahmequellen des Staats erschöpft werden sollen. Aus dem Berichte gehe hervor, dass sich unsere Posteinnahmen auf K 40'000. rund erhöht haben. Da wir aber nur die Hälfte derselben beziehen, so wirft die Post jährlich ~~mindestens~~ ~~K 800~~

K 80'000 ab & wir dürfen in Friedenszeiten mit einer Einnahme von rund K100'000 rechnen.

Redner verweist bezüglich der Berechnungsart auf den bestehenden Postvertrag.

Oesterreich habe fast ein Jahrhundert bei uns die Post als eine Einnahmequelle für sich besorgt. Nach dem bestehenden Vertrag dürfen sogar die eigenen Landesmarken nur bei einem Postamte in Wien verkauft werden & sind die bei den Landespostämtern einlaufenden Bestellungen dorthin zur Effektuierung abzutreten. Wenn wir eigene Postmarken herausgeben, machen wir ein glänzendes Geschäft. Er verweise nur darauf, dass wir in nächster Zeit 400'000 Jubiläumsmarken zu je 20 h herausgeben; das ergibt eine Bruttoeinnahme von K80'000. Wir könnten auch bei andern Anlässen z. B. beim Friedensjubiläum eine eigene Friedensmarke herausgeben. Der Sammeleifer der Markensammler würde schon für einen reichlichen Absatz an Marken sorgen. Die Befürchtungen des Vorredners wegen der Bedenken fremder Staaten dass wir nicht genügende Garantien für die Erfüllung internationaler Verpflichtungen leisten könnten, seien nicht ein Gegenargument. Wir leisten ja auch Garantie für die Sparkassengelder, weshalb sollten wir es auch nicht in dieser Beziehung tun können? Uebrigens handelt es sich meistens um Gelder, die von Liechtensteinern in der Fremde für ihre heimischen Angehörigen angewiesen werden & da haben wir doch gewiss ein Interesse daran, dass diese ihr Geld auch erhalten. Leider habe er aus dem Berichte der Verkehrscommission^V ersehen können, wie mager die Pflege des Verkehrswesens bei uns aussehe. Wohl habe die Verkehrscommission in ihrer einzigen Sitzung getagt & sei laut Bezicht angeregt worden, es sollen im Telephonwesen Aenderungen, Legung einer zweiten Leitung & Anstellung einer Telephonhilfskraft bewirkt^{bewirkt} ~~angestellt~~ werden. Unser Land hat alles Interesse an einer

Modernisierung unseres Verkehrswesens. Trügen die Anzeichen für den wirtschaftlichen Verkehr nach dem Kriege nicht, so werde die Schweiz eine hervorragende Vermittlerrolle zwischen den jetzt feindlichen Mächten zu spielen haben. Auch wir sollten darnach trachten, dass uns entsprechend unsern Verhältnissen & unserer Stellung von den wirtschaftlichen Segnungen des Friedens etwas abfalle. Wenn wir nun nichts tun & alles andern Staaten überlassen, wer soll uns dann noch helfen? Stillstand in der Verkehrspolitik ist Rück-

gang, & wir sind zuletzt ein fast vergessener Winkel der Erde. Gerade an den Vorteilen des Verkehrs haben nicht nur die Gewerbetreibenden & die Arbeiter sondern auch vor allem die Grundbesitzer Anteil. Es kann doch dem Bauer nicht gleich sein, ob infolge des entwickelten Verkehrs & daher der Lage seines Grundes in einem ^{der} vom Verkehre erschlossenen Gebiete ^{den Boden} einen Mehrwert hat oder nicht. Staatliche & wirtschaftliche Interessen gebieten uns, das Verkehrswesen selbst in die Hände zu nehmen. Wenn wir an eine Bahn uns heranwagen wollen, dann müssen wir vorerst streben, die Post als ein es der Verkehrsmittel in die Hände zu nehmen. Allfaellige Ueberschüsse aus dem Postwesen könnten dann an die voraussichtlich in den ersten Betriebsjahren unrentable Bahn verausgabt werden. Das Verkehrswesen muss vereinheitlicht & ineinandergreifend ausgebaut werden.

Gegenwaertig haben wir schon auf dem Gebiete des Postwesens eine gewisse Doppelspurigkeit zu verzeichnen. Die unrentable Personenfahrpost muss z-Z. das Land bestreiten. Im Volksblatt sei seinerzeit das gegenwaertige Postwesen, insbesondere die Personenbeförderung als miserabel bezeichnet worden. Dies sei ein scharfer, aber wahrer Ausdruck.

Wollen wir unser Land wirtschaftlich heben, wollen wir unseren Leuten die Verdienstmöglichkeiten wenigstens erleichtern, dann dürfen wir nicht mehr in den Bahnen der bisherigen Verkehrspolitik wandeln & wir müssen diese als eine unserer wichtigsten Zukunftsaufgaben betrachten. Eine schlechte Verkehrspolitik ist es aber, wenn wir sogar noch die vom Lande geleisteten Subventionen an die Telephonabonnentengebühren jetzt streichen wollen, wo wir vor dem Kündigungstermin des Postvertrages stehen. Statt es dass wir nach mehr Ausbreitung der Telephonbenützung trachten, bewirken wir umgekehrt, dass die Zahl der Abonnenten zurückgeht & wenn wir dann das Fernsprechwesen übernehmen wollen, haben wir weniger Abonnenten mehr. Das ist keine Förderung des Verkehrs!

Nochmals erklärt Redner, dass erst diese Einnahmen aus dem Postwesen allein voll & ganz dem Lande zufließen müssen, bevor er zu einer Steuererhöhung stimme.

W a l s e r: Er wolle nur kurz auf den Vorwurf wegen mangelhaftigkeit des Berichtes der Verkehrskommission antworten., weil der Vorredner verschiedene Sachen ausgeführt habe. Vom Postamte in Schaan wisse er die reellen Einnahmen. Vor dem Abschluss des Postvertrages habe er seinerzeit Erhebungen über die reellen Einnahmen d.h jene Einnahmen, die aus dem Postgefalle fließen gemacht. Damals (1910) betrugen sie nicht ganz K 30'000. Heute scheinen sie ihm eher wenige zu betragen. Im Unterlande habe die Postverwaltung sogar mit Verlust gearbeitet, Vaduz habe sich gut halten können., Triesen & Balzers waren schon passiv. Die Ausgaben seien vielleicht auf das Dreifache gestiegen. Die Post würde sich nach den gegenwaertigen wirklichen Einnahmen nicht rentieren.

Ganz etwas Anderes sei es nun mit dem Markenerlöse. Es waere nicht ausgeschlossen, dass durch Propaganda eine schöne Einnahme erzielt werden könnte. Wir müssen aber die Auslagen für ein Verwaltungsbüreau, dann für die Paketpostsendungen nicht ausser Betracht lassen. In dieser Hinsicht müssten wir wieder Verträge abschliessen. Nach seiner Ansicht müssten genaue Vorarbeiten gemacht werden. Er möchte immerhin die Anregungen von Dr Beck nicht von der Hand weisen. Der Reg. Kommissar weiss nicht, was alles zur Begründung der Einnahmen herangezogen werde & seine Einwände seien nicht entkraeftet. Wenn wir an die Ausgestaltung des Postwesens herantreten, müssten wir einen Postdirektor & Beamte anstellen. Die Beabsichtigte Streichung der Beiträge an die Gebühren der Telephonabonnenten finde er gerechtfertigt. Das Land leiste jetzt schon K2500. Es sei wohl nirgends sonst zu finden, dass der Staat an diese Gebühren beitrage. Er wisse auch nicht, wie das Land den Geschäftsleuten eventuell die Marken subventionsweise billiger abgeben solle, wie Dr Beck meine. Redner führt weiter an, dass er bereits die Erstellung einer zweiten Leitung Vaduz & Schaan veranlasst habe. Nach dem Unterlande habe er sie wegen des bedeutenden Kostenaufwandes nicht ohne Zustimmung des Landtages erstellen lassen wollen. Er stimme mit Dr Beck vollkommen überein, dass unser Verkehrswesen heute miserabel dastehe. Aber er finde niemand, der ihm die Personenfahrpost bei den durch den Krieg hervorgerufenen Schwierigkeiten besorgen wolle. Er beabsichtige auch nach dem Kriege Autolinien einzuführen. Die Verkehrskommission könne aber jetzt die Schwierigkeiten auch nicht aus der Welt schaffen.

Dr B e c k ersucht den Vorredner die Sache nicht laecherlich zu ^{ins}ziehen. Der Reg. & K. scheine ihm die Bedeutung des Verkehrswesens viel u zu unterschaeetzen. Wenn ein Oberlaender ins Unterland wolle, so müsse er bei dem heutigen Zustande eine volle Tagreise machen. Damit sei der Bevölkerung absolut nicht geholfen, dass man ab alle möglichen Schwierigkeiten, die einer aufströmen den Verkehrspolitik entgegenstehen, anführe. Bei unserm armseligen Zustande leiden alle Kreise einen direkten oder indirekten Schaden. Die Nachbarlaender Oesterreich & die Schweiz haben die Frage der Legung von Doppelgleisen im Rheintal ventilirt, um sich gegenseitig zu überholen. Redner kann nicht verstehen, wieso uns Oesterreich besonders die Verkehrsmittel ausbauen solle & wolle. Das ist unsere Aufgabe & wenn wir es nicht tun, brauchen wir auch niemanden scheel anzusehen. Böhmen in der Verkehrspolitik dürfen wir vor allem das Verkehrsbedürfnis nicht vergessen. Dieses ist nun unbedingt vorhanden wie nicht minder der allgemeine Wunsch der Bevölkerung, dass unser Land die Ausbaue der Verkehrsmittel ganz anders & frisch in die Hand nehmen soll. Dazu kommt aber noch, dass die einmal vorhandenen Verkehrsmittel selbst die Tendenz haben, das Bedürfnis, dort, wo es nicht vorhanden ist, zu wecken & dort, wo es vorhanden ist, zu stärken. Man darf den Nutzen des Verkehrswesens nicht unterschaeetzen. Es bietet direkte & indirekte Vorteile, wie jeder Einsichtige zugeben müsse.

Wenn der Hr Reg. -Chef glaube, dass wir wohl nicht zu einer Bahn kommen werden, weil wir einen internationalen Anschluss nicht bekommen & weil wir andererseits eine Sackbahn nicht bauen wollen, so sage er ihm, dass die Liechtensteiner zu Frieden sind, wenn sie nur eine Trambahn bekommen.

Wie sie in Gegenden mit ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen gebaut worden sind. Eine Normalbahn könne später immer noch angestrebt & gebaut werden. Er möchte die Regierung einladen, den Postvertrag nach Prüfung des Sachverhalts & Einholung eines Gutachtens zu kündigen, den wir fahren bei einer eigenen Post & bei einem einheitlichen Verkehrswesen sicher nicht schlechter sondern nur besser.

Die Einnahmen aus dem Markenverkaufe seien ohne Zweifel nicht zu unterschätzen. Es sei Redner gesagt worden, dass für das Recht der Markenausgabe seinerzeit ein Millionenangebot gemacht worden sei. Gerade die zeitweiligen Einnahmen aus dem Markenerlöse würden die hier & da vielleicht eintretenden Betriebsdefizite decken. Uebrigens werden, wie die Erfahrung auf dem Gebiete des Verkehrswesens stets dartaten, mit der Entwicklung desselben auch die Einnahmen steigen, ein Umstand, der gar nicht übersehen werden dürfe.

Was er! Der Anregung des Vorredners, dass die Telephonbeiträge jetzt ^{nicht} gestrichelt werden sollen, möchte er sich anschliessen. Er gibt einen Rückblick über die Entwicklung des Telephons in unserem Lande. Das Land habe früher die Betriebsdefizite gezahlt, später sei es dann mit den Einnahmen besser gekommen. Jetzt haben wir ungefähr die doppelte Abonnentenzahl. Der Beitrag sei aus Gründen der Förderung des Verkehrs geleistet worden. Diese Förderung liege im öffentlichen Interesse. Es sei ein grosser Vorteil, wenn unsere Leute den Fernsprecher mehr benutzen. Andererseits möchte er sich den Gründen der Regierung nicht verschliessen. Für die nächste Zeit könnte ein Beitrag von etwa ein Drittel in Aussicht genommen werden.

Dr B e c k frägt an, welche Schritte die Regierung zur Erleichterung des Reisendenverkehrs *nach* ~~in~~ der Schweiz unternommen habe. Es sei ihm sogar von Behörden gesagt worden, dass ,wenn ~~se~~ sich unsere Landesbehörde energisch bei den zuständigen schweiz . Behörden verwende, jedenfalls eine Erleichterung eintreten würde. Jetzt werden anscheinend die Liecht ensteiner schlimmer behandelt als die Reisenden aus Oesterreich. Der Reg-Kommisär entgegnet, dass er sich in Buchs betr. dieser Sache erkundigt habe. Es sei aber leider, wie man ihm dort mitteilte ,nichts zu machen. Vorredner solle ihm die richtige Behörde angeben. Dr Beck erwidert, die richtige Behörde sei in Bern & nicht irgend ein Unterbeamter in Buchs. Es sei doch peinlich, wenn unsere Arbeiter 4 - 5 *Wochen* auf die Einreisebewilligung warten müssen & ihnen, nachdem sie die Bewilligung erhalten haetten, die Arbeitsgelegenheit entgangen sei. Er ersuche noch ~~mal~~ mals um Intervention in Bern, den mit der erteilten Auskunft sei er nicht zufrieden.

Der P r a e s i d e n t führt aus, dass unsere Verkehrsdebatte darauf hinauslaufe, dass wir den Postvertrag kündigen sollen. Er halte dafür, dass wir uns die Sache wohl überlegen & es sei immerhin am Platze, dass die Angelegenheit fachmaennisch geprüft werde. R i s c h wünscht ebenfalls ,dass die nötigen Vorstudien gemacht werden. Unser Land sei für die Einführung einer eigenen Post nicht zu klein. Redner teilt ferner mit, dass nach den ihm gewordenen Mitteilungen der frühere Postillon die Fahrpost nur deshalb abgeben musste, weil er nicht den erforderlichen Hafer zugewiesen erhielt. Das sei aber nicht recht. W a l s e r demerkt, er glaube, Risch habe ihn falsch verstanden, denn er habe nicht gesagt, dass Oesterreich uns drauf zahle bei der Post. Er habe nur ausgeführt, dass die Einnahmen aus dem Postgefalle nicht soviel betragen. 27

Ueber die Einnahmen aus dem Markenverkauf am Markensammler habe er keine Einsicht. Die 4 Kriegsjahre seien doch offenbar an Risch auch nicht spurlos vorbeigegangen zu sein. Es scheint ihm aber, als ob er geschlafen haette, denn sonst müsste er wissen, dass für die Haferbeschaffung grosse Schwierigkeiten bestanden haetten.

Dr B e c k führt an, der Hr Reg. Komm. habe sogar die Einführung teurer Autolinien in Aussicht genommen. Wir zahlen aber heute schon an dem teuren Personentransport darauf, waehrend die besseren Einnahmen der österr. Postverwaltung im Sinne des Vertrages überlassen seien. Da sei es denn schon gleich besser, wenn wir nicht nur die Personenfahrpost sondern die ganze Post in eigene Regie übernehmen.

Der Reg. Komm. sagt, dass die Autolinien schon im Postvertrage vorgesehen seien. Nach seiner Ansicht werden wir nie zu einer Bahn kommen, da unser Staatsgebiet zu klein sei. Wir haben Verkehrslinien in der Naehel & daher können wir nie konkurrieren. Eine Sackbahn aber ist zu kostspielig. Auf diese Weise, meint Redner, könnte man verlangen, dass in jedes abgelegene Alpental hinein eine Bahn gebaut werden solle.

Dr B e c k sagt noch: Es handle sich für uns Liechtensteiner, um eine Lebensfrage, dass wir eine Bahn bekommen, an diesem Postulat dürfen wir nicht rütteln lassen. Eine Konkurrenzbahn mit der Schweiz haben wir gar nicht notwendig, wohl aber eine unsern wirtschaftlichen Verhaeltnissen entsprechende Kleinbahn. Wir haetten sicherlich schon waehrend der Kriegszeit an die erforderlichen Vorarbeiten herantreten können, & so den Bahnunterbau allenfalls jetzt schon herstellen lassen können. Bei der jetzigen Entwertung des Geldes haetten wir vielleicht einen Taglohn von R12 & mehr zahlen müssen an die Arbeiter. Wenn einmal stabile Geldverhaeltnisse einget-

treten sein werden, wird uns wahrscheinlich klar werden, dass wir in Friedenszeiten nicht billiger bauen als in Kriegszeiten.

Wenn wir die ganze Post in eigene Verwaltung übernehmen, werden wir, wenn sie kaufmännisch & praktisch geführt wird, eine bedeutend höhere Einnahme erzielen. Gerade aus der Neuausgabe von Marken bei verschiedenen Anlässen, könnten wir als kleiner Staat viel profitieren. Jetzt stehe uns der Vertrag entgegenes hat ja auch geheissen, man würde mehr Jubiläumsmarken für eigene Rechnung ausgegeben, wenn nicht technische Schwierigkeiten der Ausgabe entgegengestanden hätten. Diese Begründung erscheine ihm doch sonderbar, denn nach fachmännischer Auskunft bestehen auch in Kriegszeiten für die Markenherstellung absolut keine grösseren Schwierigkeiten als in Friedenszeiten. Die Hauptsache sei das sog. Cliché & der Druck lasse sich nachher leicht bewältigen. Entscheidend sei nicht das, was wir ~~in~~ ^{heute} ~~nächster Zeit~~ vom Verkehrswesen erwarten, sondern das, was wir durch seine Entwicklung an direktem & indirektem Vorteile für die Gemeinschaft & den Einzelnen zu erwarten haben, wenn das Land vorwärts kommt. Redner stellt den formellen Antrag, es solle eine spezielle Kommission gewählt werden, die mit den nötigen Vorarbeiten zur Uebernahme der Post auf das Land betraut werde. Er werde übrigens bei Besprechung des Berichtes der Verkehrskommission ~~auf~~ diesen Punkt noch eingehend zurückkommen.

Reg.-Kommissär: Dr Beck fasse die Markenfrage unrichtig auf. Im Lande verbrauchte Marken stecke das Postamt ein. Die Marken für die Sammler werden in Wien allein für unsere Rechnung verkauft. In Wien seien die Marken jetzt ausgegangen & das dortige Postamt haben wegen Arbeitsüberhäufung ~~den Verkauf eines grösseren Postens Jubiläumsmarken nicht übernehmen können.~~

nicht übernehmen können. Die Einnahmen aus den Friedensmarken werden nur kurze Zeit einfließen. Dr B e c k entgegenet, vom Postamt Wien wissen die wenigsten bei uns, dass es den Markenverkauf für für das Fürstentum Liechtenstein zu besorgen hat, noch vielweniger aber kann ein fremder Markensammler ahnen, dass der Markenverkauf für den Staat Liechtenstein von einem Wiener Postamt besorgt wird; er wendet sich in der Regel nach Liechtenstein & zwar meistens an Private, die dann die Marken für ihn bei den hiesigen Postämtern kaufen & sie ihm abgestempelt zusenden. Der für uns praktische Ausschlag liegt nun darin, dass diese Erlöse dem Lande nicht allein sondern bestenfalls halbscheidig zufließen. Wir wollen ein einheitliches & eigenes System der Verkehrsmittel.

Der Praesident bemerkt, dass wir nun vorläufig vom Verkehrswesen Abschied nehmen & weiter fahren wollen, da wir später nochmals dazu kommen.

R i s c h ersucht um Aufschluss, wie es komme, dass bei den Gehaltsausgaben weniger als im Budget vorgesehen, ausgegeben worden seien. Reg. Komm. i. Praesident geben Auskunft.

Zum Posten Schulwesen betont R i s c h, dass nach seiner Ansicht keine Uebersiedlungsgebühren in der Rechnungsperiode ausgegeben werden mussten. Er ersuche um Auskunft, welche der Reg.-Komm. erteilt. R i s c h bemerkt, dass er nicht gegen die Bezahlung solcher Gebühren sei, aber er müsse darauf bestehen, dass alle Lehrer, ob sie nun auf Verlangen des Schulrats oder auf ihren Wunsch versetzt werden oder nicht, gleich behandelt werden. Der Reg.-Komm. führt aus, das Gesetz bestimme, dass wer auf seinen Wunsch versetzt werde, keine Uebersiedlungsgebühren zu Recht habe. Aus Billigkeitsrücksichten habe aber der Landesschulrat doch auch in diesem Falle ausfolgen lassen.

Beim Posten-Verkehrswesen macht **Walser** auf
aufmerksam, dass Dr Beck einen Antrag betr. der Post gestellt
habe, der behandelt werden müsse, worauf Dr Beck
sich äussert, er werde beim Bericht der Ver-
kehrskommission darauf zu sprechen kommen & dort
verlangen, dass der Antrag behandelt werde.

Zum Posten Landeskultur spricht **Reg.-Chef**
über die Abänderung des Projektes der im Bau
begriffenen Rietsstrasse. Es seien Stimmen laut
geworden, man wolle die Strasse beim Bahnhof in Sa-
Schaan einmünden lassen. Diese Anlegung hätte
den Vorteil, dass das nicht unbedeutende Gegengefäl-
le vermieden würde. Der Praesident wünscht eine
kommissionelle Behandlung dieses Punktes. Es liegen
auch sonst noch verschiedene Eingaben der Be-
amten & Lehrer vor.

Beim Posten Rheinwuhrbauten sagt **Hoop**,
man rede alle Jahre davon, dass in Triesen der
Schlüssel zum Lande liege & dass wenn dort der
Damm breche, das ganze Land überschwemmt werde. Denn-
noch habe Triesen keine Wuhrarbeiten geleistet.
Der Praesident bedauert auch, dass Triesen nichts er-
leiste für 1918 habe es aber ziemlich gebaut.
Risch fragt an, ob denn der Landeswuhrkomm-
missionär die Ausführung der Arbeiten nicht überwache.
Der Re.-Komm. gibt hiezu Aufschluss. **Hasler**
bemerkt, dass die Wuhrsteine wegen Mangel an
geeignetem Sprengmittel nur schwer beizu-
schaffen seien.

Wanger regt beim Posten Alpwirtschaft
an, dass auch für notwendige grössere Alpverbes-
serungen Subventionen erteilt werden. Dr Schaedler
der Reg.-Komm. sind für diese Anregung.

Walser wünscht noch, dass der zur Aussaat erforderliche
Samen den Leuten rechtzeitig angewiesen werde.

Schluss. Nächste Sitzung Freitag den 118. Oktober.

Die Inkubator
Dr Beck
Wahlrecht

Verz. am 14 Okt. 1918 31
Genehmigt. Dr. Alb. Meier